

Studentenprotest in Kiel: 1.500 demonstrieren gegen neue Gebühren!

Studierende in Kiel protestieren am 16.01.2025 gegen geplante Verwaltungsgebühren von 60 Euro pro Semester.



Kiel, Deutschland - Am 16. Januar 2025 kam es in Kiel zu einer groß angelegten Demonstration von Studierenden. Anlass war der Plan des Wissenschaftsministeriums, eine Verwaltungsgebühr von 60 Euro pro Semester für Studierende einzuführen. Die von der Studierendenschaft organisierte Protestaktion richtete sich gegen diese Gebühr, welche in den Augen vieler Studierender eine unzulässige Belastung darstellt, insbesondere für einkommensschwächere Studierende.

Der Aufruf zur Demonstration kam vom Allgemeinen Studierendenausschuss der Christian-Albrechts-Universität Kiel. Die ursprünglichen Schätzungen der Polizei gingen von etwa 600 Teilnehmern aus, tatsächlich nahmen jedoch rund 1.500

Studierende an dem Protest teil. Studierende aus ganz Schleswig-Holstein schlossen sich der Demonstration an, die vom Audimax bis zum Landtag verlief. Der Düsternbrooker Weg war in der Zeit von 13 bis 16 Uhr zwischen Luisenweg und Karolinenweg gesperrt.

Kritik an der geplanten Gebühr

Die Einführung der Verwaltungsgebühr erfolgt im Kontext einer prekären Haushaltslage des Landes, die zu Kürzungen in vielen Bereichen führt. Das Bildungsministerium beabsichtigt, mit der neuen Gebühr eine Haushaltslücke von rund 7,3 Millionen Euro im Hochschulbereich zu schließen. Verschiedene Studierendenschaften in Schleswig-Holstein äußern massiven Widerstand gegen die Maßnahme. Max Härtel, Sprecher der Landes Asten Konferenz, betonte, dass die Gebühren den Zugang zu Bildung erschweren und dem Wissenschaftsstandort schaden könnten.

Diese Bedenken wurden durch verschiedene Versammlungen und Protestaktionen untermauert. So hielt der AStA der Fachhochschule Kiel im Dezember eine Vollversammlung ab, an der 800 Studierende teilnahmen. Auch an der Europa Universität Flensburg fand eine ähnliche Versammlung statt. An weiteren Hochschulen, wie der Universität zu Lübeck und der Technischen Hochschule Lübeck, sind ebenfalls Versammlungen und Demonstrationen geplant, um sich gegen die Einführung von Verwaltungsgebühren zur Wehr zu setzen.

Diese Entwicklungen spiegeln die weit verbreitete Unzufriedenheit mit der finanziellen Situation der Hochschulen und die Besorgnis darüber wider, dass neue Gebühren eine Barriere für viele Studierende darstellen könnten. Wie asta.uni-kiel.de berichtete, wird die Hochschullandschaft in Schleswig-Holstein als chronisch unterfinanziert angesehen, was die aktuelle Situation zusätzlich verschärft.

Die Demonstration verdeutlicht die angespannten Verhältnisse

im Bildungsbereich und stellt die Frage nach gerechten und zugänglichen Bildungspolitiken in den Vordergrund.

Details	
Vorfall	Demonstration
Ursache	Einführung von Verwaltungsgebühren
Ort	Kiel, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.ndr.de• asta.uni-kiel.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de